

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Landtagsabgeordneten Dominik Nepp, Elisabeth Schmidt, Maximilian Krauss und Gerhard Haslinger betreffend Wiener Ordnungsdienst und Sicherheitsstadtrat, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages auf Verlangen am 26. September 2017

---

Derzeit sind die städtischen Ordnungshüter auf nicht weniger als vier Ressorts unter vier Stadträten und die Magistratsdirektion aufgeteilt – in 13 unterschiedlichen Dienststellen.

Ein Ende des Kompetenzen-Wirrwarrs, eine einheitliche Ausbildung sowie eine einheitliche Uniformierung – unter anderem zur Entlastung der Polizei – ist dringend notwendig.

Bürgermeister Häupl konnte sich seit mehr als einem Jahrzehnt nicht gegen schwarze Innenminister durchsetzen und die dringend nötigen 2.000 zusätzlichen Polizisten für Wien organisieren. Daher ist die Gründung des Wiener Ordnungsdienstes im Sinne der öffentlichen Präsenz, der Kriminalitätsvorbeugung und des persönlichen Sicherheitsgefühls der Bevölkerung unumgänglich.

Spitzenreiterin im Wiener „Kapperl-Theater“ um Ordnungshüter ist Umweltstadträtin Ulli Sima, zu deren Ressort gleich sieben Einheiten zählen.

Unter anderem die Parküberwachung in Grünanlagen, die Sofortmaßnahmen, die „Waste-Watcher“ der MA 48, die Feuerpolizei, das Marktamt und das theoretisch für die Sicherheit in „Öffis“ verantwortliche „Wiener-Linien-Service“.

Bei der grünen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou wieder sind die „Parksheriffs“ angesiedelt. Zu Wohnbaustadtrat Michael Ludwig gehören Baupolizei und die „Wohnberater“ in Gemeindebauten.

Die Magistratsdirektion ist für das Krisen- und Katastrophenmanagement verantwortlich, Finanzstadträtin Renate Brauner mit der „Abgabenexekution“ fürs Kassieren und für die Gewerbeaufsicht.

Eine Bündelung dieser Kräfte in einem eigenen Sicherheitsressort unter der Führung eines Sicherheitsstadtrates würde für mehr Effizienz sorgen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

## B e s c h l u s s a n t r a g :

Der Wiener Landeshauptmann und die Mitglieder der Wiener Landesregierung werden aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um eine Bündelung der vorhandenen Wiener Ordnungskräfte im Wege eines eigenen Wiener Ordnungsdienstes unter der Aufsicht eines Sicherheitsstadtrates zu ermöglichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.